



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# G E D E N K S I T Z U N G

zum Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus

im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

April 2006



**Impressum:**

Herausgeber und Medieninhaber: Parlamentsdirektion  
Redaktion: Mag. Barbara Blümel (barbara.bluemel@parlament.gv.at)  
Graphische Gestaltung: [www.kollmannndesign.at](http://www.kollmannndesign.at)  
Druck: TDS TypoDruckSares, Wien

Wien, im Juni 2006

# G E D E N K S I T Z U N G

des Nationalrates der Republik Österreich

gegen Gewalt und Rassismus –

im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

*Donnerstag, 27. April 2006, 9.00 Uhr*

*Sitzungssaal des Nationalrates*

---

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

Vorsitzende: Präsident Dr. Andreas Khol, Zweite Präsidentin Mag. Barbara Prammer, Dritter Präsident Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn.

\*\*\*\*\*

Präsident Dr. Andreas Khol: Meine Damen und Herren hier im Hohen Hause, an den Fernsehgeräten und auf der Galerie, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu einer Gedenksitzung des Nationalrates.

Der Nationalrat hält heute eine Gedenksitzung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer der Verbrechen des Nationalsozialismus ab. Aus diesem Anlass werden die drei Präsidenten des Nationalrates das Wort ergreifen, daran anschließend die Klubobleute, weiters jeweils ein Vertreter jeder Fraktion.

Ich bitte Frau Präsidenten Mag. Prammer, den Vorsitz zu übernehmen.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Herr Präsident Dr. Khol ist am Wort.

## Ansprache des Präsidenten des Nationalrates Dr. Andreas Khol

Präsident Dr. Andreas Khol: Meine Damen und Herren! Vor neun Jahren haben wir hier im Parlament einstimmig diesen Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus eingeführt. Es war dies ein Initiativantrag in Form einer EntschlieÙung, unterzeichnet von allen Mitgliedern des Präsidiums, von allen Klubobleuten, und die Beschlussfassung hier im Hause erfolgte damals, wie bereits gesagt, einstimmig.

Das Datum ist die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen. Am 5. Mai 1945 wurde das Konzentrationslager Mauthausen von den Amerikanern befreit – und wer es nicht glaubt, was dort an Grässlichem passiert ist, den bitte ich, heute oder die nächste Woche im Palais Epstein eine Ausstellung zu besuchen, die wir aus diesem Anlass hierher gebracht haben, eine großartige Ausstellung über das sichtbar Unfassbare. Wer diese Bilder gesehen hat, der weiß, warum die Konzentrationslager Gedenkstätten sind, Wundmale in unserem Lande, die zu pflegen wir als Verpflichtung übernommen haben. Es sind immer noch offene Wunden in unserem Gedächtnis, Wunden als Schandmale einer entarteten Menschheit, als Denkmale, damit wir alle nachdenken, als Mahnmale, dass so etwas nie wieder passieren darf.

Der Beschluss dieses Gedenktages war Teil einer neuen Gesinnung und einer neuen Haltung des österreichischen Parlaments, aber auch des österreichischen Volkes zu seiner eigenen Vergangenheit.

Wir haben heute den 27. April 2006. Das ist der Tag unserer Unabhängigkeitserklärung. In dieser Unabhängigkeitserklärung wurde Österreich als das erste Opfer der nationalsozialistischen Aggression bezeichnet. Das ist eine objektiv richtige Feststellung, aber hinter dieser Feststellung haben sich viele versteckt. Dass Österreich, dass die Republik ein Opfer war, ist völlig unbestritten, aber über die Frage der Verantwortung unseres Volkes, über die Frage der Verantwortung derjenigen, die sich schuldig gemacht haben, wurde in der Unabhängigkeitserklärung kein Wort gesagt.

Hinter dieser Opfer-Feststellung haben sich daher viele versteckt. Es war leicht, hinter dieser Opfer-Feststellung, basierend auf einem Ausspruch von Winston Churchill und dann in einer internationalen Deklaration festgehalten, die individuelle Verantwortung zu verdrängen und sich auch bequem in einer Lebenslüge einzurichten.

Bereits 1995 haben wir diese Verdrängungsmechanismen, diese Flucht vor uns selber außer Kraft gesetzt, indem wir den Nationalfonds eingerichtet haben, der auf Grund eines Initiativantrages aus diesem Hause als eine erste große Tat einer damals neu gebildeten Regierung empfunden wurde.

Ein Gesinnungswandel war dem vorausgegangen. Der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky hat in Jerusalem und 1993 hier von der Regierungsbank aus sehr klar festgestellt, dass es zwar keine Kollektivschuld gibt, aber eine kollektive Verantwortung. Bundeskanzler Schüssel hat wenige Jahre später in diesem Sinne festgehalten: Österreich war ein Opfer, aber viele Österreicherinnen und Österreicher sind schuldig geworden, und für diese Österreicherinnen und Österreicher haben wir Verantwortung zu tragen.

Diese Verantwortung ist etwas, was bleibend auf unseren Schultern ruht. In diesem Geiste haben wir den Gedenktag eingerichtet, in diesem Geiste haben wir den Nationalfonds eingerichtet. In diesen zehn Jahren, seit der Nationalfonds besteht, haben wir über 60 000 Anträge bearbeitet, haben wir 323 Millionen € – in alter Währung 4,5 Milliarden Schilling – als Geste an die Opfer des Verbrechens des Nationalsozialis-



mus auf österreichischem Staatsgebiet, in österreichischem Bereich geleistet. Wir haben seither 380 Forschungsprojekte, die uns an das Erinnern binden. Wir ersuchen eine gesamte Forschergemeinde in Österreich immer wieder in Form von Aufträgen, das Vergessen zu verhindern, das Erinnern sicherzustellen und Fakten klarzustellen. Wir werden diese Forschungsaufgabe auch dann, wenn es keine Anträge mehr gibt, weiter wahrnehmen, denn das ist unsere Pflicht: uns gegenüber und unseren eigenen Grundsätzen gegenüber. Ich spreche hier vom demokratischen Grundwertesockel des ganzen Hohen Hauses und auch eines ganz großen Teils der österreichischen Bevölkerung.

Als Krönung dieser neuen Gesinnung gegenüber der eigenen Verantwortung haben wir den Versöhnungsfonds beschlossen, mit dem wir der Sklaven- und Zwangsarbeit des nationalsozialistischen Verbrecherstaates auf unserem Staatsgebiet Rechnung tragen. Wer weiß denn heute noch, dass es über 100 Außenstellen der Konzentrationslager in ganz Österreich gegeben hat? Wir haben all diese Wunden, Mahnmale, Denkmale und Schandmale zu pflegen, denn so etwas darf nie mehr passieren!

Dieser Gedenktag ist ein Tag der Erinnerung und ein Tag der Trauer, und ich glaube, er ist auch ein Tag des kollektiven Bewusstwerdens unserer Verpflichtung auch für die Zukunft. Wir haben in den verschiedensten Formen diesen Gedenktag begangen. Es wurde hier einmal eine Oper aufgeführt, „Die weiße Rose“; ebenso eine Kurzoper: „Das Tagebuch der Anne Frank“. Das November-Programm des Jahres 1938 wurde dramatisiert. Wir haben auch der Sinti und Roma gedacht, einer Volksgruppe, die nicht nur blutigst verfolgt, sondern schändlich behandelt wurde. Wir haben auch die zehn Jahre Nationalfonds hier im Hohen Haus beraten, aber wir sind uns bewusst, dass das alles keine Wiedergutmachungen sein können, sondern dass es Gesten sind, Gesten der Versöhnung.

Den nächsten großen Gedenktag wollen wir im Konzentrationslager Gusen veranstalten, damit es nicht zur Routine wird: das Gold des historischen Sitzungssaales, der Prunk der alten Monarchie, sondern wir wollen zu den Stätten des Grauens gehen. Ich schätze den Philosophen Rudolf Burger sehr, aber ich bin gegen seinen Vorschlag des „heilsamen Vergessens“. Es ist heilsam, zu vergessen, aber Vergessen bedeutet, dass man der Geschichtslüge Vorschub leistet, das, was der Historiker den Revisionismus nennt. Das heißt, die Geschichte wird zuerst vergessen – und dann wird sie umgedeutet. Und einen Revisionismus, eine Umdeutung des nationalsozialistischen Verbrechens, wie es im deutschen Historikerstreit versucht wurde, darf es bei uns nicht geben!

Das Erinnern, das „Niemals wieder!“, das Tragen von Verantwortung ist ebenso in unserem Grundwertesockel – nicht nur des Hohen Hauses – wie das Verbotsgesetz, worüber gesprochen wurde, aber wir sind fest der Meinung, dass das Verbotsgesetz ein Gesetz ist, dass 1 : 1 in jeder österreichischen Verfassung seinen Platz haben muss.

Meine Damen und Herren! Liebe Hörerinnen und Hörer und Zuseherinnen und Zuseher an den Fernsehgeräten! Dieser Gedenktag heute soll uns bewusst machen: Wir haben Verantwortung, wir wollen uns erinnern, und wir wollen sagen „Niemals wieder!“, auch nicht unter anderen Vorzeichen. *(Beifall.)*

*(Präsident Dr. Andreas Khol begibt sich vom Rednerpult wieder auf seinen Platz auf dem Präsidium.)*

Ich bitte nunmehr die Zweite Präsidentin des Nationalrates, Frau Mag. Barbara Prammer, ans Rednerpult.

## Ansprache der Zweiten Präsidentin des Nationalrates Mag. Barbara Prammer

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mauthausen war das letzte jener Konzentrationslager, das von amerikanischen Soldaten befreit wurde, eben am 5. Mai 1945, und es hat jahrzehntlang gedauert, das aufzuarbeiten, was während weniger Jahre nationalsozialistischer Gewaltherrschaft hinter dem Stacheldraht und hinter diesen Mauern stattgefunden hat. Bis heute bleibt es unfassbar, und bis heute ist es nicht nachvollziehbar, was in den Gedanken und Gefühlen jener Menschen vorgeht, die diesen Horror überlebt haben. Viele Überlebende verdrängen, weil sie den Schmerz, den sie erlitten haben, nicht ertragen könnten. Es ist nicht vorstellbar und nicht nachvollziehbar, was in den Gedanken jener Menschen vorgeht, die in diesen Lagern ihre Allerliebsten verloren haben und im Laufe der Zeit erfahren mussten, wie sie diese verloren haben.

1991 hat Franz Vranitzky als erster österreichischer Bundeskanzler öffentlich aufgezeigt, dass es nicht wenige Österreicherinnen und Österreicher gegeben hat, die im Namen des NS-Regimes großes Leid über andere gebracht haben, die teilhatten an Verfolgungen und Verbrechen des Nazi-Regimes. Und Dr. Vranitzky hat festgestellt, dass wir uns über die moralische Mitverantwortung nicht hinweg setzen können.

Dieser Wechsel im offiziellen Standpunkt Österreichs leitete über zur Errichtung des Nationalfonds – Herr Präsident Khol hat schon darauf hingewiesen – der Republik Österreich im Jahre 1995 und 1997 schließlich zur Fixierung des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus.

Heuer, 61 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, wird zum allerallerersten Mal bei der internationalen Befreiungsfeier, dieses Mal am 7. Mai, an die Frauen in den Konzentrationslagern erinnert.

Wer waren diese Frauen? – Es waren die Antifaschistinnen, die Widerstandskämpferinnen, die Denunzierten und jene, die aus so genannten rassischen Gründen verfolgt und verschleppt wurden. Es ist wenig bekannt über den Leidensweg jener Frauen, die in den so genannten Männerkonzentrationslagern wie Mauthausen inhaftiert waren. Für sie war Mauthausen meist Durchgangslager in die Vernichtungslager oder in Außenkommandos zur Zwangsarbeit.

Für viele dieser Frauen wurde Mauthausen Ort ihrer Ermordung. Von ihnen zeugt nur das Totenbuch – wie etwa von einer Gruppe von Tschechinnen, die gemeinsam in der Mauthausner Gaskammer umgebracht wurden. Die Älteste unter ihnen war 66 Jahre, das jüngste Mädchen war 13 Jahre alt.

Denunziation war ein Pfeiler des NS-Regimes. So reichte beispielsweise die bloße Verdächtigung, sexuelle Kontakte zu Juden zu haben, um in das Konzentrationslager verschleppt zu werden. Wer vom herrschenden Frauenbild abwich, wem Verhältnisse mit Männern nachgesagt wurden, wer lesbisch war, lief Gefahr, denunziert zu werden, verhaftet und schließlich in das KZ deportiert zu werden.

Ein lange verdrängter und tabuisierter Teil der NS-Verbrechen sind die Bordelle in den Konzentrationslagern. In den Häftlingsbordellen ebenso in den SS- und Soldatenbordellen wurden zahlreiche weibliche Häftlinge zu sexueller Zwangsarbeit gezwungen. Aber das ist noch nicht genug: Diese Opfer sexueller Gewalt wurden stigmatisiert, ihnen wurde nicht geglaubt, Erlittenes wurde verharmlost, ihnen wurde Mitschuld unterschoben! Viele Überlebende schwiegen und schweigen bis heute immer noch über das, was sie erlitten haben. Sie haben Angst, sie schämen sich, sie verdrängen.



Bis in die neunziger Jahre war das Schicksal dieser Zwangsprostituierten kaum Thema in der Geschichtswissenschaft. Lange hielt sich durch fehlende Aufarbeitung die Legende der Freiwilligkeit dieser Prostitution. Die Unmenschlichkeit, die diesen Frauen entgegenschlug, übersteigt unsere Vorstellungskraft! Sie litten unter Geschlechtskrankheiten, unter erzwungenen Abtreibungen ohne jegliche medizinische Betreuung, und sie gebaren Kinder, die unmittelbar nach der Geburt vor den Augen der Mütter grausam ermordet wurden.

Heute wissen wir aber auch, dass Frauen nicht nur Opfer, sondern auch Täterinnen waren, Täterinnen als SS-Aufseherinnen, SS-Ärztinnen und SS-Helferinnen. Vor diesem Hintergrund wäre es umso wichtiger gewesen, sich bei dem im letzten Jahr beschlossenen Gesetz für die so genannten Trümmerfrauen genau diesen Tatsachen zu stellen, dass es nicht nur Opfer, sondern auch Beteiligte gab.

Sehr geehrte Damen und Herren! Für mich ist die heutige Befreiungsfeier in Mauthausen etwas ganz Besonderes. Und ich bedanke mich beim Mauthausen-Komitee und beim Mauthausen-Komitee International, dass sie sich entschlossen haben, bei der heutigen Befreiungsfeier all der unzähligen Frauen, die in den Konzentrationslagern gequält und ermordet wurden, zu gedenken.

Wir gedenken am 5. Mai der Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden, darunter 1,2 Millionen Kinder. Wir gedenken der Millionen politisch Verfolgten, der Roma und Sinti, der Homosexuellen, der Behinderten und deren Hinterbliebenen. Wir gedenken all jener Menschen, die sehr lange darauf warten mussten, zu ihrem Recht zu kommen – zu ihrem Recht, als Opfer anerkannt zu werden, und zu ihrem Recht auf Würde.

Obwohl wir das alles wissen, sind wir heute wider jede Menschlichkeit und wider jede Gerechtigkeit mit wachsendem Rassismus und wachsendem Antisemitismus konfrontiert. Erst der gestrige Tag hat uns das wieder einmal vor Augen geführt. Wenn gestern der ehemaligen Nationalratsabgeordnete und Bundesrat Gudenus wegen Wiederbetätigung verurteilt wurde, dann muss einiges festgehalten werden: Es zeugt von besonderer Verwerflichkeit, wenn ein auf die Verfassung beedeter Volksvertreter nationalsozialistisches Gedankengut vertritt und damit auch dafür wirbt. Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz sind keine Einzelfälle, wie wir heute in den veröffentlichten Statistiken über die Anzeigen und Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz in erschütternder Weise präsentiert bekommen haben. Die Dunkelziffer der Wiederbetätigungen und Verharmlosungen des Holocaust lässt sich nur erahnen. Eine Verurteilung wie die gestrige darf keinesfalls dazu führen, über die Herabsetzung des Strafrahmens zu diskutieren. Das Strafausmaß nach österreichischer Rechtsordnung richtet sich auch danach aus, ob ein Einsehen in begangenes Unrecht besteht oder nicht. Und dort, wo dieses Einsehen fehlt, ist Milde zu hinterfragen.

Ein Leugnen oder Verharmlosen der Gräueltaten im „Dritten Reich“ darf einfach nicht salonfähig gemacht werden, so wie es auch heute und gestern das Mauthausen-Komitee formulierte. Wir sollten uns hüten, jetzt wieder zur Tagesordnung zurückzukehren.

Der 5. Mai darf nicht nur ein Gedenktag sein, sondern muss uns jedes Jahr einen Schritt vorwärts bringen, um Rassismus und Antisemitismus in die Schranken zu weisen. Nehmen wir den 5. Mai ernst, setzen wir die entsprechenden politischen Handlungen im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus! *(Beifall.)*

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich bitte nun den Dritten Präsidenten des Nationalrates, Herrn Dipl.-Ing. Prinzhorn, das Wort zu ergreifen.



## Ansprache des Dritten Präsidenten des Nationalrates Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn

Präsident Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn: Meine Damen und Herren! Herr Präsident Khol hat in staatstragender Art und Weise die Gräueltaten, Verbrechen und die Genesis geschildert, und Präsidentin Prammer hat in bewegendsten Worten Beispiele gebracht, die uns alle den Schauer über den Rücken laufen lassen.

Ich könnte diese Beispiele fortsetzen, aber trotzdem möchte ich versuchen, Sie in die Gegenwart hinüber zu führen, um das „Niemals Vergessen“ zu ergänzen mit: „Wehret den Anfängen!“ Die Anfänge sind es, die uns nachdenklich machen sollten, um das „Niemals Vergessen“ ganz besonders zu würdigen. Dieses „Wehret den Anfängen!“ wird gerade in diesen Tagen durch Rassismus, Gewalt und Terror weltweit belegt. Über die Hintergründe kann man rätseln, aber gar so rätselhaft sind sie nicht. Sie basieren auf Folgendem: Intoleranz, Sündenbock-Denken, der andere, der Fremde bedroht mich, die andere Glaubensrichtung kann ich nicht tolerieren. In jedem Menschen schlummert ein Keim von Rassismus und Gewalt, daher muss es für uns alle heißen, den Keim zu bekämpfen und zu ersticken.

Wenn ich sage „Wehret den Anfängen!“, dann denke ich auch an die Probleme, die die Internationalisierung für uns alle bringt. Unter dem Schlagwort „Globalisierung“ fühlen sich viel beengt, viele ihrer Identität verlustig. So gern vielleicht der eine oder andere in die Fremde fährt und sich damit auch unter Freunden brüstet, was er nicht alles gesehen hat: Wenn das Fremde zu ihm kommt, dann sieht das ganz anders aus.

Wir in der Wirtschaft sind dieser Entwicklung schon lang vorausgeeilt, sonst würden wir nicht überleben. Für uns ist das Fremde von heute das Eigene von morgen, für uns sind neue Märkte und neue Produkte der Standard von morgen. Daher glaube ich, dass wir uns gerade in dieser Frage nicht fürchten sollen vor dem Fremden, sondern wir sollen unsere Sozialkompetenz dadurch ergänzen, dass wir auch eine interkulturelle Kompetenz entwickeln.

Gerade in diesen Minuten findet in Loipersdorf eine internationale Begegnung meiner Unternehmensgruppe mit Mitarbeitern von Deutschland, der Ukraine, der Slowakei, von Rumänien und Bulgarien statt, um Erfahrungen auszutauschen, Projekte zu machen, die wichtig sind für die Beschäftigung, die wichtig sind für das Verständnis des anderen. So schwer es auch manchmal am Anfang fällt: Man erkennt die Chancen für sich selbst nur dann, wenn man diesen Dingen positiv begegnet.

Ich sage jetzt nicht, dass wir tolerant sein sollen im Sinne dessen, dass wir unseren Rechtsstaat aufgeben. Alle Unrechtmäßigkeiten in diesem Land gehören bekämpft – egal, ob es Ausländer oder Inländer betrifft. Wenn wir über Arbeitslosigkeit reden, dann sollten wir nicht nur über langzeitarbeitslose Ausländer sprechen, sondern auch über langzeitarbeitslose Inländer. Sie sind vielleicht mit anderen Problemen und anderen Überlegungen behaftet, aber die Arbeitslosigkeit ist letztlich ein Problem, doch soll sie nicht dazu führen, dass man sagt, der Fremde sei Schuld. Ich möchte gerne wissen, wer meine Mutter pflegen würde, die seit drei Jahren voll dement im Spital ist, wenn es nicht ausländische Helferinnen und Helfer gäbe.

Daher glauben Sie mir eines: So sehr man verleitet ist, politisches Kleingeld zu machen, aus einer Ecke heraus um sich zu schlagen, um vielleicht noch den letzten Zipfel des Wählers zu erreichen: Wir Politiker sind verantwortlich dafür, dass wir genau das nicht tun, dass wir unser Land für die Zukunft vorbereiten. Zukunft heißt: ein Näherrücken der Kulturen, ein Näherrücken der Religion. Österreich war immer, gerade was die Religionsfreiheit betrifft, ein vorbildliches Land. Und so manche Länder dieser Welt –



nicht zuletzt Amerika – könnten sich von uns eine Scheibe abschneiden. Und das soll auch so bleiben. „Wehret den Anfängen!“ ist auf der einen Seite, der Sündenbock auf der anderen Seite. Man soll das nicht mit unrechtmäßigem Terror und anderem Gräueltumel verwechseln, was ich hier sage, das ist etwas ganz anderes.

Ich sage: In uns allen schlummert ein Keim von Rassismus, ein Keim von Fremdenablehnung. Den gilt es in der globalisierten Welt zu bekämpfen, den gilt es in einer internationalen Welt zu bekämpfen, denn sonst wird für uns alle Vollbeschäftigung und Frieden, das wichtigste Projekt, das die EU in diesem so wichtigen Jahr hat, eine Utopie bleiben. Und das wollen wir doch alle nicht. – Danke sehr. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich bitte nun Herrn Klubobmann Mag. Molterer ans Rednerpult.

\*\*\*\*\*



**Klubobmann Mag. Wilhelm Molterer (ÖVP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor 61 Jahren ist das Konzentrationslager Mauthausen von den Amerikanern befreit worden. Heute vor 61 Jahren, am 27. April 1945, hat die damalige provisorische Staatsregierung, die Regierung Renner, mit ihrer Unabhängigkeitserklärung die Zweite Republik wiedererrichtet.

Diese Wiedererrichtung der Zweiten Republik ist von den politisch verantwortlichen Kräften, die damals in einer wahrlich schwierigen Zeit Verantwortung getragen haben, ganz bewusst als Antwort gegen Gewalt und Rassismus und ganz bewusst als Antithese zum nationalsozialistischen Terrorregime und zu Diktatur gegeben worden. Ich denke, dass es an einem Tag wie heute eine gute Fügung ist, dass wir der Opfer des Nationalsozialismus gedenken, gegen Gewalt und Rassismus auftreten – und gleichzeitig dieser Zweiten Republik und ihrer Gründung gedenken.

Meine Damen und Herren! Ich denke, dass in diesem Gründungsgedanken Antworten gegeben werden, die auch heute Gültigkeit haben. Es ist dieses unmissverständliche und von niemandem in Frage gestellte Bekenntnis, das damals gegeben wurde: „Nie wieder!“, und dieses „Nie wieder!“ muss in seiner Klarheit heute genauso gelten. Es ist eines der damaligen Bekenntnisse gewesen, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, weil im Trennenden viele Ursachen von Gewalt und Rassismus gelegen sind. Es ist das klare Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gewesen, das Österreich stark gemacht hat. Und diese Bekenntnisse müssen heute unverbrüchlich und in gleicher Weise gelten.

Wir haben im vergangenen Jahr 2005 im Gedankenjahr auf vielen Ebenen – ich bin froh, dass dies in dieser Breite und Tiefe geschehen ist – den kritischen Spiegel der Erinnerung vorgehalten bekommen. Wir haben den Versuch gemacht, uns ehrlich mit unserer Geschichte auseinander zu setzen. Wir sind Dingen begegnet, nämlich den Wunden, die Österreich geschlagen wurden, aber wir sind genauso Dingen begegnet, wo Österreicherinnen und Österreicher Wunden geschlagen haben – auch hier im Parlament, im Hohen Haus; Herr Präsident Khol hat ja darauf hingewiesen.

Ich denke, dass das Gedankenjahr 2005 jedenfalls Auftrag ist, diese kritische Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit und der daraus resultierenden Verantwortung keineswegs mit dem Jahr 2005 abzuschließen, sondern als Auftrag aus diesem Jahr 2005 mitzunehmen.

Meine Damen und Herren, eine der Antworten auf diese Gräueltumel des Nationalsozialismus war Österreich, und ich denke, wir können gemeinsam Stolz auf die Entwicklung unserer Heimat sein und auf die Antworten, die gegeben wurden. Eine andere Antwort für die Zukunft und für die Gegenwart sehe ich in der europäischen Einigung. Wir müssen doch sehen, dass Nationalismus eine der Ursachen für Gewalt

gewesen ist. Diese europäische Einigung ist Antwort gewesen auf Krieg, auf Gewalt und Rassismus und ist die Antwort, die den Menschen damals und heute gelungen ist, den Nationalismus als eine der Wurzeln zu überwinden. Es ist daher eine der wichtigen Aufgaben, meine Damen und Herren, dieses europäische Friedens- und Einigungsprojekt voranzutreiben und nicht in Frage zu stellen, weil die Alternative zur europäischen Einigung ein Wiedererstehen von Nationalismus wäre – und das darf nicht geschehen. Die europäische Einigung darf nicht zur Disposition gestellt werden!

Dabei müssen wir ehrlich sein: Oft verstellen wir selbst mit unseren Diskussionen den Blick auf dieses Projekt des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, des Wohlstandes, der Sicherheit. Niemand von uns darf der Verlockung unterliegen, die europäische Einigung mit Ökonomismus zu verwechseln. Niemand darf der Verlockung des Anti-EU-Populismus erliegen und genauso wenig in einer Renationalisierung die Lösung der Zukunft sehen. Nein, die Zukunft liegt in der Stärkung Europas und des europäischen Einigungsgedankens.

Meine Damen und Herren, wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir auch sagen, dass diese europäische Einigung durchaus nicht die Antwort auf alle Fragen ist, sonst könnten wir nicht tagtäglich in unserer Umgebung, in Europa und darüber hinaus Gewalt, Rassismus und Terror erleben. Davor dürfen wir, wie gesagt, die Augen nicht verschließen! Es genügt nicht, dass wir uns zur Vergangenheit bekennen. Zur Vergangenheit bekennen ist einfacher, als den aktuellen Fragen und Problemen ins Auge zu blicken.

Es gibt eine Reihe von sozialen, ökonomischen und kulturellen Umständen, die Nährboden für Gewalt und Rassismus sind. Die tieferliegende Ursache dafür ist immer Hass: Hass gegen das Fremde und die Fremden, rassistischer Hass gegen Andersfarbige, religiöser Hass gegen Andersgläubige, gegen andere Konfessionen und auch kultureller Hass, wie er uns heute begegnet, Hass gegen Kulturen oder die Verächtlichmachung einer Religion.

Es ist daher unsere Aufgabe, Hass einzudämmen: durch die moralische Ächtung, durch die Herrschaft des Rechts, aber auch durch Bildung und Einsicht.

Es ist unsere Aufgabe, dazu beizutragen, Hass zu überwinden. Das bedeutet sehr häufig Selbstüberwindung, meine Damen und Herren. Aber das alleine genügt nicht: Wir müssen an die Wurzeln gehen, weil hinter Hass oft Angst, Verachtung und Neid stehen. Und unsere Antwort muss Anerkennung, Akzeptanz und Aufmerksamkeit lauten.

Die Menschenrechte gründen auf der Überzeugung, dass jedem Menschen kraft seiner Menschlichkeit die gleiche Würde und die gleichen Rechte zukommen. Aber die konkreten Menschen, meine Damen und Herren, Sie und ich, wir sind immer ungleich. Wir haben nicht nur verschiedene Hautfarben oder verschiedene Sprachen, wir haben eine verschiedene Herkunft, verschiedene Religionen, verschiedene Mentalitäten, verschiedene Zivilisationen. Das Prinzip der Anerkennung des anderen zielt darauf ab, dass ich den anderen nicht wegen seiner abstrakten Gleichheit, sondern gerade in seinem konkreten Anderssein achte und anerkenne. Das ist die Aufgabe und eine Antwort, meine Damen und Herren, die wir in der Gegenwart und in der Zukunft wahrzunehmen haben – durchaus im Sinne von Friedrich Heer, der gesagt hat, dass Geschichte auch wehtut.

Auf diesem demokratischen Grundkonsens und Grundverständnis baut diese unsere Zweite Republik auf. Achtung vor dem Menschen in seiner jeweiligen Individualität in einem umfassenden Sinn, Respekt und politische Kultur im Umgang mit dem Andersdenkenden sowie das Bekenntnis zu den demokratischen Institutionen unserer Republik, darin sehe ich den Handlungsauftrag, den die Politik im Gedenken, das uns heute zusammengeführt hat, in der Gegenwart und in der Zukunft zu erfüllen hat.  
(Beifall.)

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich bitte nun Herrn Klubvorsitzenden Dr. Gusenbauer ans Rednerpult.

\*\*\*\*\*



**Klubvorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bleiern liegt die Geschichte über Österreich – und es ist auch in der heutigen Gedenkstunde nach wie vor spürbar –, bleiern liegt nicht nur die Geschichte über Österreich, sondern über vielen Staaten der Erde und Europas, die sich mit der Frage des Erinnerns und Vergessens und vor allem mit der Frage des individuellen und kollektiven Verdrängens beschäftigen müssen.

Es ist in der Zwischenzeit ein unbestrittenes Faktum, dass ein Großteil der Geschichte auch der Zweiten Republik dem Verschweigen und Verdrängen gewidmet war und dass die besten österreichischen Literaten wahrscheinlich die Einzigen waren, die sich mit großer Präzision und Ernsthaftigkeit diesem Phänomen des Verschweigens gewidmet haben – etwas, was das Leben für eine gewisse Zeit erleichtert hat.

Am präzisesten hat das vielleicht Nobelpreisträger Elias Canetti im Jahre 1960 in einer Textstelle in seinem Hauptwerk „Masse und Macht“ beschrieben, als er über die Reaktion des nationalsozialistischen Täters geschrieben hat:

„Es ist bekannt, daß Menschen, die unter Befehl handeln, der furchtbarsten Taten fähig sind. Wenn die Befehlsquelle verschüttet ist und man sie zwingt, auf ihre Tat zurückzublicken, erkennen sie sich selber nicht. Sie sagen: Das habe ich nicht getan, und sie sind sich keineswegs immer klar darüber, daß sie lügen. Wenn sie durch Zeugen überführt werden und ins Schwanken geraten, sagen sie noch: So bin ich nicht, das kann ich nicht getan haben. Sie suchen nach den Spuren der Tat in sich und können sie nicht finden. Man staunt, wie unberührt von ihr sie geblieben sind. Das Leben, das sie später führen, ist wirklich ein anderes und von der Tat in keiner Weise gefärbt. Sie fühlen sich nicht schuldig, sie bereuen nichts. Die Tat ist nicht in sie eingegangen.“

Ich finde, das ist eine der sehr hervorragenden Beschreibungen dessen, was viele, die auch Täter waren, gedacht und wie sie gehandelt haben. Viele der Täter sind in der Tat in der Geschichte der Zweiten Republik so etwas wie tadellose Demokraten geworden, die auch am Wiederaufbau der Zweiten Republik mitgewirkt haben. Und trotzdem hat man irgendwie den Eindruck, dass mit diesem Verdrängen, mit dem Versuch, zu vergessen, die staatliche Befreiung Österreichs am Ende nur eine halbe Befreiung war.

Ich muss sagen, ich bin persönlich außerordentlich glücklich über das, was wir in den letzten 20 Jahren getan haben und tun – ausgehend von den Aktivitäten von Franz Vranitzky und vielen anderen, auch begleitet durch die Gedenkveranstaltungen, die wir abhalten, den Versöhnungsfonds, den wir eingerichtet haben und die manchmal auch sehr schmerzhaften Aktivitäten zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Ich empfinde das als eine nachholende moralische und geistige Befreiung Österreichs, bereit zu sein, sich der Vergangenheit mit all ihren Untiefen zu stellen und daraus auch Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen. Und wenn wir die Konsequenzen für die Zukunft ziehen, dann ist die Aufarbeitung – die ehrliche Aufarbeitung – die Voraussetzung für Verstehen und für künftiges Handeln.

Wenn wir aber sehen, vor welchen Herausforderungen und vor welcher Verantwortung wir nicht nur für die Vergangenheit und deren Aufarbeitung, sondern vor allem auch für die Zukunft und für die Gegenwart stehen, dann müssen wir feststellen: Es gibt steigende Gewalt, es gibt in einer steigenden Form Rassismus, es gibt in einer steigenden Form politischen Extremismus – nicht nur in Europa, sondern weit darüber hinausgehend. Und sehr oft nimmt diese Form von Rassismus und Extremismus auch gewalttätige Formen an, bis hinein in die europäischen Hauptstädte, bis in die – wenn man so will – Zentren der Zivilisation.

Die Frage ist: Wie begegnen wir dieser Gewalt? Wie begegnen wir diesem Rassismus? Wo orten wir die Wurzeln? Ich bin der Meinung, es gibt im Wesentlichen zwei Dimensionen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Die eine ist mit Sicherheit die Frage der Toleranz, die Frage der Akzeptanz, die Frage des Miteinander, die Frage der Offenheit: Ja, das ist eine ganz wichtige Dimension. Aber eine zweite Dimension, die wir nicht unterschätzen dürfen, ist jene, dass unsere Gesellschaften immer reicher werden, aber viele Menschen Angst um ihr Auskommen und um die Zukunft ihrer Kinder haben. Und diese materiellen Sorgen von Millionen Menschen in Europa und Abermillionen darüber hinausgehend dürfen wir nicht als nebensächlich abtun. Wir müssen sie ernst nehmen und dafür sorgen, dass alle am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können, denn Fairness und gleiche Lebenschancen, auch das ist eine Frage von Anstand und Menschenwürde.

Wir müssen daher an einer Gesellschaft arbeiten, in der jeder Achtung vor sich selbst und damit auch Achtung vor dem anderen haben und in der jeder einen sinnvollen Platz einnehmen kann.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass die schlimmsten Exzesse von Gewalt in Europa – manchmal in einer ethnischen Form, manchmal in Form von Revolten, manchmal dargestellt in Form eines Zusammenstoßes von Zivilisationen – letztendlich alle die gleiche Wurzel haben: Perspektivenlosigkeit, Hoffnungslosigkeit und den subjektiven Eindruck vieler, dass sie keinen menschenwürdigen Platz in der Gesellschaft finden können. Und immer dann, wenn Menschen diesen Eindruck haben, kommt sehr oft das Entmenschliche, auch das Bestialische zum Vorschein, dass sich im Kollektiv in unglaublich grausame Aktionen entladen kann. Daher liegt unsere Verantwortung nicht nur in der Aufarbeitung der Geschichte, sondern in der Wahrnehmung der Herausforderungen der heutigen Zeit.

Wenn in diesem Zusammenhang sehr oft auch davon geredet wird, dass unser Europa durch ein Wiedererstarken des Nationalismus geprägt ist, dann, so glaube ich, ist es für uns wichtig festzuhalten, wo die Unterscheidung liegt. Ich bin der Meinung, niemandem kann man Patriotismus vorwerfen, denn – ganz im Gegenteil – Patrioten sind Menschen, die ihre Heimat, ihr Vater- oder ihr Mutterland lieben. Aber Nationalisten sind solche, die die Vater- oder Mutterländer der anderen verachten oder hassen. Daher bin ich der Ansicht, dass nicht jede Form von vernünftigen Patriotismus mit Nationalismus gleichgesetzt werden kann, sondern – ganz im Gegenteil –, dass es unsere Aufgabe ist, auch klar zu unterscheiden, was Menschen geistige, ökonomische und soziale Heimat bietet und vor welchen Abarten wir uns letztendlich in Schutz nehmen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, den besten Beitrag zum Gedenken können wir dann leisten, wenn wir uns an das Wort von Richard von Weizsäcker halten, der in seiner geschichtsträchtigen Rede am 8. Mai des Jahres 1985 gemeint hat: „Ehren wir die Freiheit. Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht. Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.“ *(Beifall.)*

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich bitte nun Herrn Klubobmann Scheibner ans Rednerpult.

\*\*\*\*\*



**Klubobmann Herbert Scheibner (Freiheitliche):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es gut und richtig, dass wir beschlossen haben und übereingekommen sind, dass wir die Gedenkveranstaltungen des Parlaments flexibler gestalten, dass wir nicht immer am selben Ort und in der selben Art und Weise gedenken – und auch die nötigen Schlüsse aus diesem Gedenken ziehen wollen. Diese Veranstaltungen dürfen nicht zur Routine werden.

Es hat lange gedauert, die Schrecken des Nationalsozialismus und des Krieges halbwegs aufzuarbeiten, die Opfer, soweit das überhaupt möglich ist, zu entschädigen. Es wurde heute schon daran erinnert, dass erst diese Bundesregierung mit dem Restitutionsgesetz und auch der Zwangsarbeiterentschädigung einen wichtigen Schritt in diese Richtung gesetzt hat, nachdem man ja in der Nachkriegszeit – oft selbst von offizieller Seite – einen sehr merkwürdigen Umgang, wohl nicht ganz zufällig auch auf Wählerstimmen schielend, mit dieser Vergangenheit und auch mit den Opfern gepflegt hat.

Es ist 61 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges unsere Verantwortung – es gibt, das ist schon gesagt worden, keine Kollektivschuld, aber es gibt eine kollektive Verantwortung –, quer über die Generationen, dass man das Vergessen bekämpft und dass man dafür sorgt, dass es in Österreich heute und auch in Zukunft keinen Nährboden mehr für die Gedanken des Totalitarismus, des Nationalsozialismus, von Gewalt, Unfreiheit und Unrecht gibt.

Wir müssen heute auch eingestehen, dass nichts unmöglich ist. Für mich, wenn man sich mit dieser Zeit, mit dieser schrecklichen Zeit beschäftigt, ist es ja so besonders erschreckend, dass der Nationalsozialismus, all die Gewalt, Mord und Folter nicht aus irgendeiner Subkultur entstanden sind, nicht aus irgendwelchen finsternen Diktaturen, sondern das ist aus einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft entstanden. Das war unser Europa, unser Österreich, Deutschland, das waren unsere Vorgängergenerationen. Und es waren die Täter, die mit geradezu mathematischer Akribie hunderte tausende Menschen in den Tod geschickt haben, nachdem sie die Unterschriften dazu gegeben hatten. Sie sind dann mit einem Lächeln – man sieht das ja auch heute in Filmen – ins Konzert gegangen, in Ausstellungen oder zu irgendeinem Kaffeekränzchen.

Deshalb soll man nie davon ausgehen, dass sich solche Dinge so oder anders nicht wiederholen können. Dieses „Nie Wieder!“ hat es immer wieder nach solchen Ereignissen, nach Kriegen gegeben – und es hat das meistens nicht einmal eine Generation lang angehalten. Wir haben jetzt schon über 60 Jahre Frieden und Sicherheit – und trotzdem muss jede Generation für sich selbst diesen Wert der Demokratie, von Freiheit und der Unteilbarkeit von Menschenrechten wieder erarbeiten und erkämpfen. Jeder Staat hat hier Verantwortung, seine eigene Verantwortung zu tragen, die Geschichte aufzuarbeiten, denn Mord, Folter und Vertreibung haben mit dem Zweiten Weltkrieg, von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis heute herauf kein Ende gefunden. Wenn ich etwa an die Situation in Europa am Balkan denke, so sind es nach wie vor diese Umstände, die es zu bekämpfen gilt.

Es ist auch richtig, dass Gedenken alleine nicht reicht, sondern eine aktive Beschäftigung mit diesen Grundwerten notwendig ist. Das ist auch unsere Aufgabe für die Zukunft, auf der einen Seite über Geschichte zu informieren und Geschichte lebendig zu halten. Wir sehen oft bei Diskussionen mit Jugendlichen, dass das Interesse an dieser Zeit verblasst – umso mehr, als es immer weniger Überlebende aus dieser Zeit gibt. Und wir müssen zeigen, dass Geschichte ein Teil der Gegenwart ist – und nichts Totes, nichts Vergangenes, mit dem wir uns heute nicht beschäftigen müssen.

Wir müssen ein Prinzip unterstreichen: Das ist der Schutz der Demokratie. In einer Demokratie kann das Volk, die Mehrheit des Volkes über alles entscheiden, auch viele Grundprinzipien, auch in der österreichischen Bundesverfassung, abändern, aber eines darf nicht passieren: dass man mit demokratischen Mitteln die Demokratie abschaffen kann. All diese Diktaturen, über die wir diskutieren, selbst der National-

sozialismus, sind nicht durch Revolutionen an die Macht gekommen, sondern durch Missbrauch von demokratischen Mitteln. Deshalb haben wir auch im Verfassungskonvent darüber diskutiert, ob es in Österreich nicht eine Bestandsgarantie des demokratischen Prinzips gleichsam als Signal geben soll. Wer die Demokratie abschafft, kann sie nicht mehr einführen. Das sollte auch hier ein wichtiges Signal und eine Verantwortung sein.

In diesem Sinne sollte man hier auch über das Verbotsgesetz eine klare Stellungnahme abgeben. Auch diesbezüglich wird immer wieder diskutiert: In einer Demokratie gibt es Meinungsfreiheit, und eine Demokratie wie in Österreich muss es aushalten können, dass es Gegner gibt, dass man auch andere Meinungen vertritt. – Ja, das muss man schon aushalten können, nur glaube ich, dass sich die Demokratie auch schützen muss. Und gerade in einem Land mit der Vergangenheit des Nationalsozialismus ist es aus meiner Sicht gerechtfertigt, dass man Meinungen und Handlungen, welche die Demokratie im Sinne von nationalsozialistischer Ideologie bekämpfen wollen, unter Strafe stellt, auch als wichtiges Symbol des „Nie Wieder“. Wir wollen nämlich nicht 10 Prozent Antidemokraten aushalten, wir wollen auch nicht 5 Prozent Antidemokraten aushalten, sondern wir wollen eine 100-prozentig freie, demokratische, rechtsstaatliche Gesellschaft hier in Österreich haben.

Damit zum dritten Punkt: die Verantwortung für uns, dass wir die Prinzipien, die wir hier hochhalten, auch international unterstützen, dass wir nicht wegschauen. Wir kritisieren heute so oft, dass außer Mexiko damals – 1938 – die gesamte demokratische Staatengemeinschaft weggesehen hat, eben vor den Ereignissen, die sich hier abgespielt haben, dass es keinen Protest gegeben hat. So dürfen auch wir heute nicht wegschauen, wenn in Europa oder irgendwo anders in der Welt Menschenrechte verletzt werden, Diktaturen entstehen, wenn gefoltert wird und Menschen vertrieben, Menschen umgebracht werden!

Es ist für uns auch eine wichtige Verantwortung im Rahmen der Europäischen Union, im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft, dafür zu sorgen, dass Krieg und Gewalt nicht als Mittel zur Durchsetzung von Zielen zulässig sind und dass Menschenrechte unteilbar sind.

Als letzten Punkt möchte ich anführen: Wir haben persönlich die Verantwortung, auch das Ansehen der Politik und das Vertrauen der Menschen in die Politik aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne sollten uns Wahlbeteiligungen, wie jetzt etwa bei der Wahl in Innsbruck mit an die 50 Prozent, aber auch bei anderen Wahlen mit 60 oder 65 Prozent an Beteiligung zu denken geben. Das sind auch so diese kleinen Anfänge: wenn die Menschen in einer größeren Anzahl beginnen, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen, in die Politik und in die Politiker zu verlieren.

Das ist unsere Verantwortung, gerade jetzt in einer Vorwahlphase, dass wir Ursachen für antidemokratische Entwicklungen ausmachen, dass wir die Brücken zwischen den Parteien und den Lagern nicht abbrechen – bei aller Unterschiedlichkeit der Ausrichtungen und der Inhalte –, dass wir den Menschen hier in Österreich und in Europa eine Perspektive geben, politisch, aber auch wirtschaftlich und kulturell, und dass wir die Verantwortung auch für künftige Generationen entsprechend weitervermitteln.

Ich glaube, das ist für uns eine Aufgabe, vor allem für uns, die wir die „Gnade der späten Geburt“ haben, diese schrecklichen Ereignisse, deren wir heute gedenken, nicht miterlebt haben zu müssen. Aber wir sollten dieses Österreich in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, das uns von der Aufbaugeneration übergeben worden ist, in genau dieser Art und Weise – modern, sicher, im Wohlstand, frei, demokratisch – an die künftigen Generationen weitergeben. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich bitte nun den Klubvorsitzenden der Grünen, Herrn Professor Alexander Van der Bellen, das Wort zu ergreifen.



**Klubvorsitzender Dr. Alexander Van der Bellen (Grüne):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich heute nicht dem Höhepunkt und Endpunkt des nationalsozialistischen Terrors widmen, sondern eher der Frage, wie es begonnen hat.

Es ist ja so, wie Kollege Scheibner schon gesagt hat: Eine typische Revolution war das 1933 in Deutschland nicht; es war formaljuristisch in gewisser Weise, aus damaliger Sicht zumindest, abgesegnet, auch wenn ich mir das aus heutiger Sicht nicht recht erklären kann.

Sofort nachdem Hitler zum Reichskanzler ernannt worden ist, hat der Reichspräsident per Verordnung wesentliche Teile der deutschen Verfassung außer Kraft gesetzt, nämlich jene, die die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger betrafen. Und wenige Wochen später beschloss der Deutsche Reichstag – wenn auch in einer Zusammensetzung, die nicht der Verfassung entsprach – ein Gesetz, das so genannte Ermächtigungsgesetz, das die Regierung ermächtigt hat, Gesetze anstelle des Parlaments zu erlassen, und außerdem festgeschrieben hat, dass diese Gesetze nicht der deutschen Verfassung entsprechen müssen. – Das war der Beginn des nationalsozialistischen Terrors im Nachhinein gesehen: diese Ermächtigung ohne jede Kontrolle, die natürlich von den Nationalsozialisten gar nicht beabsichtigt war.

Wenige Wochen nach der so genannten Machtergreifung im Jänner 1933 begannen die Nazis mit einer systematischen Diskriminierung der jüdischen Minderheit. In zwei oder drei Monaten wurden Berufsverbote erteilt, zunächst einmal in Berufen wie der Juristerei. Richter wurden beurlaubt, pensioniert, entlassen. Jüdische Staatsanwälte, Rechtsanwälte erhielten Berufsverbot, jüdische Notare erhielten Berufsverbot. Jüdischen Ärzten wurde das Leben zunehmend schwer gemacht: zunächst keine Kassenverträge, dann keine Verträge mit privaten Krankenkassen, dann wurden sie überhaupt aus dem medizinischen Leben entfernt. Beamte mussten „Arier“ sein, also Nicht-Juden, zunächst einmal nur der Beamte/die Beamtin selbst, später wurde auch verlangt, dass der Ehegatte/die Ehegattin „arisch“, also nicht-jüdisch, sein musste. Im Kulturbetrieb, im Bereich der Kunst, in den Medien, bei den Journalisten, im Theater: Überall fand die so genannte Arisierung statt, das heißt, gab es Berufsverbote für jüdische Menschen.

Auch bei den Bauern – nicht, dass die Juden in dieser Gruppe so zahlreich vertreten gewesen wären – fühlte sich der nationalsozialistische Gesetzgeber bemüßigt, im so genannten Erbhof-Gesetz vorzuschreiben, dass Bauer nur sein kann, wer seit 1. Jänner 1800 über „arische“, also nicht-jüdische Vorfahren verfügt.

Und last not least natürlich die Universitäten: zunächst die Beurlaubung, dann die Pensionierung und Kaltstellung von Professoren, Dozenten und Assistenten jüdischer Herkunft; später kamen die Studenten dran, die zunächst noch studieren durften, dann aber keine Prüfungen mehr ablegen durften. Und bei der so genannten Habilitation war ebenfalls der Nachweis notwendig: Erstens ich bin kein Jude, und zweitens meine Frau ist keine Jüdin – doppelter „Arier-Nachweis“!

Systematische staatliche Maßnahmen auf diesen Gebieten, „gedeckt“ – unter Führungszeichen natürlich – durch Gesetze, Verordnungen, Erlässe der jeweils zuständigen Ministerien und sonstigen staatlichen Institutionen.

Gleichzeitig – ich spreche immer noch von den ersten drei Monaten nach der Machtergreifung Hitlers – machte sich privater Eifer bei den nicht-staatlichen Institutionen bemerkbar: Der Boxerverband schließt jüdische Boxer aus, der Sängerbund führt den „Arier-Paragraphen“ ein – ob jüdischer Tenor oder jüdische Sopranistin, sie dürfen im Rahmen des Sängerbundes nicht mehr singen –, die Turnvereine generell schließen jüdische Turner und Turnerinnen von ihren Aktivitäten aus. Als Kuriosum möchte ich noch anführen: Der Verein der blinden Akademiker Deutschlands lässt es sich nicht nehmen, auch in seine Statuten den „Arier-Paragraphe“ aufzunehmen. Das heißt, dass blinde Akademiker, sofern sie Juden sind, diesem Verein nicht angehören dürfen.



1934 geht das flächendeckend weiter, obwohl ich die Systematik der Nazis, was die Berufsverbote betrifft, nicht immer nachvollziehen kann: Ausschluss aus der Deutschen Wehrmacht, Tierärzte dürfen keine Juden sein, Tanzlehrer dürfen keine Juden sein, Ausschluss vom Lehramtsstudium, Ausschluss vom Handwerk – das heißt, Juden dürfen nicht Lehrlinge sein –, Ausschluss vom Buchhandel, Berufsverbot für jüdische Schriftsteller, Berufsverbot für Repetitoren an Universitäten. Den Nazis war nämlich zuwider, dass die intelligenten jüdischen Studenten, die jetzt nicht mehr studieren durften, den „arischen“ Studenten immer noch Nachhilfekurse geben durften; das wurde 1934 verboten. Und das geht bis hin zu anderen Gemeinheiten: Verweis von Parkbänken, kein Besuch eines öffentlichen Schwimmbades und so weiter.

Kurz vor der Olympiade im Jahre 1935 gab es allerdings einen Erlass des preußischen Innenministeriums, der besagte, dass Tafeln, auf denen „Juden unerwünscht“ und Ähnliches steht, wegen der Olympiade von den Hauptverkehrsstraßen unauffällig zu entfernen seien. – Diese Rücksichtnahme auf eine, glaube ich, gar nicht vorhandene internationale Reaktion kann nur kurz gedauert haben, denn noch vor der Olympiade in Berlin wurden die berühmten „Nürnberger Rassengesetze“ beschlossen, in denen sowohl Ehen wie sonstiger außerehelicher Verkehr zwischen so genannten Arien und Juden unter Zuchthausstrafe gestellt wurde. – Trotzdem fand die Olympiade im Jahre 1935 statt.

Ich überspringe jetzt drei Jahre. Ende 1938 erhielt dieser Prozess eine neue Dynamik, nach der „Reichskristallnacht“: Nicht nur, dass in der Folge Juden und Jüdinnen systematisch bestohlen und beraubt wurden, sie wurden zunehmend nicht nur nicht als Bürger erster Klasse, nicht einmal als Bürger dritter Klasse, sondern überhaupt nicht mehr als Menschen behandelt. Ich rede jetzt immer noch von Sachen und Ereignissen aus der Zeit vor der Deportation in die Todeslager, die im Grunde der gesamten Öffentlichkeit bekannt waren.

In den Monaten und Jahren nach 1938 folgte das Verbot, Ausstellungen zu besuchen, Konzerte zu besuchen, Museen zu besuchen, Theater zu besuchen. Juden wurde verboten, Brieftauben zu halten. Der Führerschein wurde ihnen entzogen. Es wurde ihnen verboten, private Kraftfahrzeuge zu halten, und aufgetragen, diese an „Arier“ zu verkaufen. Juden wurde verboten, Leihbüchereien und Universitätsbibliotheken zu besuchen, auch nicht zur privaten Wissensaufnahme; auch das wurde ihnen nicht mehr gestattet. Es wurde ihnen verboten, die Speisewägen und Schlafwägen der Züge der Deutschen Reichsbahn zu benutzen. Ich rede jetzt gar nicht von den „Arisierungen“ und den Zwangsverkäufen und davon, was da noch alles passiert ist. Es wurde ihnen verboten, Radio zu hören. Es wurde ihnen verboten, Telefone zu haben; im Jahre 1940 gab es den entsprechenden Erlass des Reichspostministers. Zwei Jahre später wurde es ihnen verboten, öffentliche Telefonzellen zu benutzen.

Von der Pflicht zum Tragen des Judensterns rede ich jetzt gar nicht. Aber es wurde den Bäckereien und Konditoreien auch vorgeschrieben, eine Tafel anzubringen, dass die Abgabe von Kuchen an Juden und Polen verboten sei. Und last not least, weil ich ein Hundefreund und überhaupt ein Haustierfreund bin: Im Jahre 1942 wurde ihnen auch noch verboten, Katzen, Hunde, Kanarienvögel oder irgendwelche andere Haustiere zu halten.

Ich will damit sagen, das waren alles öffentlich bekannte Dinge, „gedeckt“ durch Erlässe, Runderlässe, Verordnungen, Gesetze und so weiter. Das war in Deutschland bekannt; das war im besetzten Österreich bekannt. Es war natürlich auch im Ausland bekannt – alles vor der Deportation nach Treblinka, Auschwitz und so weiter. Es war auch im Ausland bekannt!

Diese Wunde, finde ich, bleibt offen, nicht nur hier bei uns, nicht nur in Deutschland, nicht nur in Österreich, sondern auch in allen anderen Ländern, die, zumindest die Regierungen, davon wissen mussten, durch Zeitungsberichte, die darüber ganz

öffentlich berichtet haben, durch die entsprechenden Botschafterberichte et cetera, et cetera.

Ein Aufschrei erfolgte aber nicht, auch dort nicht, wo keine Hitler-Diktatur die Menschen daran gehindert hat, einen Aufschrei zu tätigen. – Danke schön. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich bitte nun Herrn Abgeordneten Dr. Fasslabend ans Rednerpult.

\*\*\*\*\*



**Abgeordneter Dr. Werner Fasslabend (ÖVP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 61 Jahre nach der Befreiung der Insassen von Mauthausen, das bedeutet, wenn man den üblichen Maßstab hernimmt, dass wir uns bereits am Beginn der dritten Generation danach befinden. Und trotzdem ist es für uns alle noch immer unfassbar, was geschehen ist und wie es geschehen konnte. Wenn wir jetzt alle die einzelnen systematischen Schritte, die Professor Van der Bellen hier angeführt hat, gehört haben, all das, was vorher geschehen ist, bevor überhaupt das Grauen in seinem ganzen Umfang begonnen hat, dann erkennt man erst die ganze Dimension, die da dahinter gesteckt ist, und dass es noch immer sehr, sehr viel gibt und geben wird, was aufzuarbeiten ist, mit dem wir uns zu beschäftigen haben.

Die Shoa, der Holocaust, das Grauen, diese systematische Vernichtung von Millionen Menschen hat ja nicht irgendwo stattgefunden, sondern mitten unter uns, in einer Gesellschaft, die davon überzeugt war, dass sie sich nicht nur auf dem höchsten technischen Standard weltweit befindet, sondern auch auf dem höchsten sittlich-moralischen Standard. Und trotzdem ist es dazu gekommen.

Es ist dazu gekommen, dass Menschen aus der Mitte fortgeführt wurden, nicht irgendwer, sondern der Hausarzt, der durch Jahrzehnte hindurch versucht hat, den Menschen zu helfen, seine ganze Kraft in den Dienst anderer Menschen gestellt hat, der Greißler von nebenan, der die Größe gehabt hat, auch dann, wenn jemand nicht bezahlen konnte, noch Waren abzugeben – und trotzdem hat die Gesellschaft geschwiegen, als sie fortgeführt wurden. Diese Sprachlosigkeit ist etwas, was für mich immer unfassbar bleiben wird – in der Zeit nicht nur davor, sondern auch in der Zeit danach.

Für mich ist es nicht nur unfassbar, dass das alles geschehen konnte, sondern auch, dass wir fast ein halbes Jahrhundert gebraucht haben, um die richtigen Worte zu finden, dass wir ein halbes Jahrhundert gebraucht haben, um nicht nur diese Mitverantwortung der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen, sondern auch ein Wort zu sagen an diejenigen, die es betroffen hat, die damals als kleine Kinder oder als Erwachsene, als total Unschuldige ihr Land verlassen mussten und vielleicht gerade noch davongekommen sind, obwohl der Großteil ihrer Angehörigen irgendwo ihr Leben lassen musste, dass man sie nicht einmal dazu aufgefordert hat, in ihre alte Heimat zurückzukehren, sie nicht einmal zu einem Besuch eingeladen hat! Diese Sprachlosigkeit, das ist es, was wir neben all diesen schrecklichen Ereignissen zweifelsohne auch in der heutigen Zeit beachten sollten, weil ich glaube, dass sie ein Ansatzpunkt ist, dass derartige Dinge überhaupt geschehen können.

Man kann verschiedene Thesen und Theorien darüber aufstellen. Natürlich ist die Kriegszeit eine andere, in der vieles mit anderen Maßstäben geschieht, aber vieles davon ist ja schon vorher geschehen. Natürlich ist es genauso falsch, jetzt einfach eine ganze Generation pauschal verantwortlich zu machen für irgendetwas und von unserer Warte aus selbstgerecht darüber urteilen zu wollen. Das ist mit Sicherheit falsch. Die Menschen haben selbst als Soldaten unter den schwierigsten Umständen, als Kriegsgefangene, als vergewaltigte Frauen, als Vertriebene millionenfach größtes Leid,

größtes Unrecht erlitten und haben selbst damit kämpfen müssen, dass sie auch ihre Situation nicht zum Ausdruck bringen konnten. Ich denke etwa nur an die Vertriebenen, denen man sofort vorgeworfen hat, dass sie „revanchistisch“ denken oder handeln, wenn sie sich nur getroffen haben, um der alten Heimat zu gedenken.

Das, was ich glaube, was wir daraus lernen müssen, ist, dass wir uns nicht nur mit dieser Sprachlosigkeit beschäftigen, sondern an uns selbst die Frage richten: Was können wir tun? Sind wir immer auch tatsächlich bereit, haben wir den Mut zur Offenheit, zur Klarheit und zur Deutlichkeit, wenn Vorurteile geäußert werden, haben wir den Mut in unserem ganz persönlichen Umfeld, und haben wir politisch den Mut in Österreich, aber auch international?

Ich bewundere den Opfermut dieser Kriegsgeneration, den sie unter den schwierigsten Umständen gezeigt hat. Aber das, was heute gefragt ist, das ist der Mut zur Verantwortung! Und da müssen wir noch viele Tabus brechen, Tabus, um die Zukunft besser zu gestalten als die Vergangenheit. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich bitte nunmehr den geschäftsführenden Klubobmann Dr. Cap ans Rednerpult.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Josef Cap (SPÖ):** Ich habe einmal meine Mutter gefragt: Was hast du gemacht im März 1938? – Meine Mutter hat gesagt: Wir waren am Heldenplatz! – Warum?, habe ich gefragt. – Antwort: Es hat geheißen, Hitler bringt uns Arbeit! – Ihr Vater war arbeitslos, und sie waren dort. – Aber wenn wir gewusst hätten, was dann gekommen ist, wir wären nicht gegangen!

Da sind wir bei einer der Wurzeln dieses Phänomens des Nationalsozialismus, und diese Wurzeln haben eine Geschichte: der verlorene Erste Weltkrieg, der Revanchismus derer, die verloren haben, das Bündnis des großen Kapitals in Deutschland, der Hugenberg-Presse, des verängstigten Kleinbürgertums, der Armut, der Millionen Arbeitslosen, die Demagogie der Nationalsozialisten, ihr Antisemitismus, ihr Rassismus, ihr Suchen nach Sündenböcken für den verlorenen Krieg. Und das hat die Basis geschaffen für den Aufstieg Hitlers mit all diesen vielen unmenschlichen Facetten, die heute hier schon geschildert und ausgesprochen wurden.

Die Arbeit, die Hitler gebracht hat, sei es in Deutschland oder für die Hunderttausenden Arbeitslosen in Österreich, das war keine ordentliche Beschäftigungspolitik, sondern das war die Vorbereitung eines Krieges, eines rassistischen Angriffskrieges – nicht unseres Krieges. Die Niederlage im Mai 1945 war nicht unsere Niederlage, es war die Niederlage des Nationalsozialismus, es war die Niederlage für die, die diesen rassistischen Expansionskrieg, diesen Angriffskrieg auch wirklich wollten.

Um diese Bewertung kann man sich nicht herumdrücken. Und daher ist es so wichtig, dass man heute auch die soziale Frage erkennt als ein Instrumentarium, um ein Aufkeimen von Strömungen, die ähnlich oder nahe jenen sind, die den Nationalsozialismus damals geprägt haben, zu verhindern. Es ist der Kampf um Beschäftigung, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der Kampf gegen Armut, der Kampf auch für eine soziale Sicherheit.

Die zweite Ebene ist die Frage des Umgangs mit der Demokratie, mit dem Parlament, mit den Parteien, mit den Gewerkschaften, mit den Interessenvertretungen, wie wir miteinander umgehen. Das ist ebenfalls ganz wichtig, wenn man dieses „Nie wieder!“ ernst nimmt und wenn man versuchen will, nicht einen Boden aufzubereiten, der in einer Relativierung der Demokratie und der parlamentarischen Demokratie enden könnte.

Dieses Verächtlichmachen der Demokratie, des Parlaments war ja damals ebenfalls ein Wesenselement der Nationalsozialisten. Unzählige Auftritte im Reichstag haben ja



bewiesen, wie diese damit umgegangen sind, bis hin zu den Verhaftungen von Abgeordneten, die ihnen vor Abstimmungen nicht zu Gesicht gestanden sind.

Daher ist es so entscheidend, wenn man diese Hintergründe betrachtet und diese Analysen tätigt, dass das nicht nur in einer Flucht von Abstraktionen endet, sondern dass man dabei letztendlich auch das Konkrete herausarbeitet.

Damit komme ich zu einem Punkt, der für die Zukunft, für die Schulen, für die Jugend so entscheidend ist: Es geht nicht nur um den Kampf für die Demokratie und um den Kampf gegen all die Wurzeln, die zum Entstehen solcher und ähnlicher Bewegungen führen können, sondern es geht auch darum, dass man den Alltagsrassismus bekämpft – in all diesen vielen kleinen Facetten, Bemerkungen, Vorurteilen, wie sie existieren –, den Alltagsantisemitismus, dieses Verächtlichmachen des Andersdenkenden, des Andersseienden, die Diskriminierung von Minderheiten. All das ist, neben der historischen Aufarbeitung, ein ganz entscheidendes Element, das wir auch berücksichtigen müssen – wir als Politiker, wir mit unserer Verantwortung hier im Haus, aber auch all die anderen außerhalb dieses Hauses, denen es ein Anliegen ist, dass wir in eine gesicherte demokratische und soziale Zukunft gehen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Wert der Europäischen Union zu sehen: als ein Friedensprojekt, als ein Projekt der sozialen – so hoffe ich –, der kulturellen Integration und als ein Projekt, das mithilft, mit seiner Verschränkung, mit seinem Zusammenfinden, dass es so etwas nie wieder geben kann: Krieg, Rassismus und das, was den Nationalsozialismus mit all seiner Unmenschlichkeit und mit seiner Vernichtung von Millionen von Menschen, Juden, Andersdenkenden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Homosexuellen ausgemacht hat, dass so etwas nie wieder möglich ist! *(Beifall.)*

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich bitte nun Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé ans Rednerpult.

\*\*\*\*\*



**Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (Freiheitliche):** Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir begehen heute zwei Gedenktage, nämlich den 5. Mai – die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen – und die Wiederherstellung der Republik Österreich. Es ist wirklich interessant und bemerkenswert, wie viele Österreicher mit dem Datum 27. April nichts anfangen können und nicht wissen, dass an diesem Tag die Unabhängigkeitserklärung abgegeben wurde und damit die Wiederherstellung der Republik Österreich in Kraft getreten ist und am 29. April 1945 die Provisorische Staatsregierung zusammengetreten ist.

Damit hat Österreich als eigener Staat wieder zu leben begonnen, und für unsere Republik ist dieses Datum ein ganz wesentliches. Damit war auch ein Schlussstrich gezogen unter jene Zeit, die den Menschen furchtbare Schicksale beschert hat, die Zerstörung gebracht hat, eine Zeit des Hasses, der Intoleranz und der Gewalt. Und ich kann nur das sagen, was auch meine Vorredner gesagt haben: Ich hoffe, dass eine solche Zeit nie mehr wieder kommt!

Es begann dann die harte Zeit des Wiederaufbaus, und es wurde Unvorstellbares geleistet. Heute hat die Zweite Präsidentin, Frau Mag. Prammer, schon erwähnt, welche Leiden insbesondere Frauen während der Zeit des Nationalsozialismus und in den Konzentrationslagern erdulden mussten. Ich möchte nur in einigen Sätzen darstellen, was die Frauen nach dem Krieg geleistet haben – denn die Männer waren ja nicht da: Sie waren entweder in Gefangenschaft, oder sie sind im Krieg umgekommen, und den Frauen blieb die Hauptarbeit der Aufräumung der zerstörten Städte und so weiter überlassen.

Es gibt ein Buch unter dem Titel: „... und trotzdem gab es Hoffnung!“, in dem Frauen schreiben, was sie während dieser Zeit erlebt haben. Ich zitiere im Folgenden nur zwei Frauen. Die eine, eine Vierzehnjährige, hat gesagt: „Ich weiß nicht, wie ich unseren Willen, immer wieder weiterzumachen, erklären soll. Wir waren arm, wir hatten Angst, wir hatten Sorge, und dennoch haben wir jeden Tag mit neuer Kraft und neuem Willen begonnen“.

Eine andere, Zehnjährige, sagte: „Unsere Mutter ist Hamstern gegangen. Sie ging bis in die Wachau, bis an die böhmische Grenze – und das alles zu Fuß.“

Das ist nur ein kleiner Rückblick auf das, was die Frauen damals geleistet haben. Und ich bin sehr froh, dass diese Bundesregierung durch eine Entschädigung eine kleine Anerkennung für all das, was diese Frauen, die so genannten Trümmerfrauen, für die Republik geleistet haben, gegeben hat. 30 000 Frauen werden eine zwar geringe, aber doch eine Entschädigung dafür bekommen, dass sie damals so viel für Österreich getan haben.

Und dann, als Österreich aufgebaut war – das ist auch heute schon gesagt worden –, hat man sich lange Zeit mehr oder weniger so über die Vergangenheit „darübergehandelt“. Man hat eigentlich alles, was Negatives geschehen ist, verdrängt; man wollte nichts mehr damit zu tun haben. Man hat nur in die Zukunft geblickt und sich nicht mehr mit der Vergangenheit beschäftigt.

Erst nach und nach ist klar geworden, dass wir eine große moralische Verpflichtung haben, wieder gutzumachen und zu entschädigen – oder, wenn es nicht geht, ganz zu entschädigen, doch dieses Unrechts, das gesetzt worden ist, zu gedenken und zu versuchen, einiges wieder abzugelten.

So kam es eben dann zur Schaffung des Nationalfonds, des Entschädigungsfonds und des Versöhnungsfonds, und Österreich hat Milliarden an die Opfer bezahlt. Ich glaube, das ist sehr richtig, dass wir diese Leistung auf uns genommen haben.

Ich möchte aber diese Gedenkstunde mit dem Blick nach rückwärts auch verbinden mit einem sehr aktuellen Thema, das uns beschäftigt, nämlich die Gewalt an und für sich.

Der Nationalsozialismus – Herr Dr. Van der Bellen hat es bereits dargestellt – hat sich gestützt auf legislatische Maßnahmen, die all das ermöglicht haben, was dann in der Folge durchgesetzt wurde. Aber es hat eine ungeheure Gewalt in der Bevölkerung gegeben, und wären diese legislatischen Maßnahmen nicht gesetzt worden, dann wäre wahrscheinlich mit Gewalt versucht worden, diese legislatischen Maßnahmen durchzusetzen.

Wir erleben auch heute immer wieder Akte von Intoleranz und von Gewalt, und ich finde, es ist nicht zu weit hergeholt, zu sagen, dass wir uns auch über diese Gewaltprobleme, die jetzt auch an unseren Schulen immer wieder zum Vorschein kommen, ganz entschieden Sorgen machen sollten.

Wir müssen den Menschen, insbesondere der Jugend, klarmachen, dass die Austragung von Konflikten mit Gewalt ganz einfach kein Mittel ist, das wir tolerieren können. Es muss die große Aufgabe der Politik sein, festzustellen und in der Erziehungsarbeit darauf hinzuwirken, dass nur die Gewaltlosigkeit, die Auseinandersetzung ohne Gewalt der Grundstock für den Frieden sein kann. *(Beifall.)*

Präsident Dr. Andreas Kohl: Als letzte Rednerin bitte ich Frau Abgeordnete Mag. Stoitsits ans Rednerpult.

\*\*\*\*\*



**Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits (Grüne):** Dobar dan, poštovane dame i gospodo! Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Präsidentin! Sehr geehrte Präsidenten! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Nationalrat gedenkt seit einer Initiative von Bürgern und Bürgerinnen Österreichs immer in Form einer festlichen und feierlichen Gedenksitzung der Opfer des Nationalsozialismus, in einer Form, die mir persönlich immer sehr gut gefallen hat, nämlich – Herr Präsident Khol hat es ja auch geschildert – im Reichsratssitzungssaal.

Ich habe diesen Reichsratssitzungssaal nie mit Prunk der Monarchie verbunden, wenn wir dort festlich zusammengekommen sind, sondern ich habe vielmehr die Art und Weise der Veranstaltung – nämlich die Anwesenheit des Nationalrates, des Bundesrates, der österreichischen Bundesregierung, der Repräsentanten dieser Republik, der Religionsgemeinschaften, von öffentlichen Körperschaften, es waren auch die Präsidenten der Gerichtshöfe immer hier –, diese Form der Würdigung für die Opfer des Nationalsozialismus immer für jene gehalten, die diesem Anlass entsprechend ist. Und ich gehöre zu jenen, die nicht den Konsens teilen, dass diese Form, die wir heute gewählt haben, den Gedenktag des 5. Mai zu begehen – nämlich im Nationalrat, wir für uns, zwar vom Fernsehen übertragen, aber beispielsweise mit einer leeren Regierungsbank –, ein positives Anknüpfen an diese Tradition ist.

Es ist für mich in den letzten Jahren nicht Routine gewesen, im Reichsratssitzungssaal zu sein und Opern zu hören oder, letztes Jahr, Stuart Eizenstat zu hören, Frau Präsidentin Schaumayer, sondern ich habe das als eine Verpflichtung gesehen, diesen Auftrag des Gedenktages auch nach außen in einer Form darzustellen, die ein Signal ist. Und das sehe ich für die Zukunft weiter als Auftrag und als Aufgabe – denn diesen Gedenktag des 5. Mai gibt es in Österreich deshalb, weil Menschen Zivilcourage hatten, ein Anliegen an PolitikerInnen heranzutragen; ich war damals eine von jenen. Ein Professor, ein Österreicher, der in Deutschland lebte, Herr Professor Werbik, war der Erste, der in Österreich diese Anregung gemacht hat. Dann hat sich eine kleine Gruppe gebildet und hat dieses Anliegen an den Nationalrat herangetragen, und daraus ist dann eine Allparteieninitiative entstanden.

Und dabei soll es bleiben, dass das eine Allparteienangelegenheit ist, aber „Allparteien“ heißt nicht nur, die vier beziehungsweise jetzt fünf politischen Parteien des Nationalrates, sondern das heißt, dass das ein würdiger Akt der Republik ist, den die Republik im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus setzt – neben Veranstaltungen, deren Bedeutung ich für noch viel größer halte, wie die Befreiungsfeier in Mauthausen, die heuer am 7. Mai stattfinden wird und von der Frau Präsidentin Prammer bereits gesprochen hat.

Deshalb bitte ich, dass wir nachdenken darüber, wie dieser Staatsakt – und es geht mir um einen Staatsakt, der hier gesetzt wird! – gestaltet sein muss, um die Zivilcourage der Menschen sozusagen auch weiter zu ermutigen.

Ich möchte an Professor Van der Bellen anknüpfen, an seine Schilderung dessen, was sich in einem legalen oder semi-legalen Bereich abgespielt hat, wovon alle wussten und wo genau das gefehlt hat, wofür wir ein Signal setzen wollen, nämlich Zivilcourage, sich dagegen zu stellen, und Zivilcourage gegen Unrecht. Das ist es, wozu wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, BewohnerInnen dieses Landes, ermutigen wollen, ermutigen sollen und müssen – das ist unsere Aufgabe als PolitikerInnen!

Die Erinnerung an die Gräueltaten des Nationalsozialismus, an die Systematik des Aufbaus, die geendet hat im Holocaust, im maschinellen Massenmord von Millionen von Menschen, wird nur dann aufrechterhalten werden können, wenn wir immer und immer wieder das sagen, was Hermann Langbein – der in KZs war, der so genannter Lagerschreiber in KZs war und dadurch auch vielen Menschen selber als Häftling helfen konnte – gesagt hat, was er einmal – er ist schon gestorben – zu Frau Dr. Moser und auch zu mir gesagt hat, nämlich: Was ist das Entscheidende bei der Erinnerung an die Gräueltaten des Nationalsozialismus? – Das Entscheidende ist, dass wir wissen, dass

anderen Menschen nicht das volle Menschsein abgesprochen werden kann! – Darum geht es!

Da Zukunft Erinnerung braucht, wie es György Konrád ausgedrückt hat, deshalb ist dieser Satz vom „Niemals Vergessen!“ so wichtig. Und deshalb sollten wir unseren Beitrag leisten – wir als Nationalrat, wir als Republik –, beispielsweise – als Anregung – indem wir das Simon Wiesenthal-Institut für Holocaust-Studien unterstützen, eine Initiative, die von engagierten Wissenschaftlern im Auftrag des im letzten September verstorbenen Simon Wiesenthal gesetzt wurde und wo immer noch die Zusage der Bundesregierung für die Unterstützung dieses Simon Wiesenthal-Instituts fehlt. Das könnten wir uns heute bei unserer feierlichen Sitzung vornehmen, und das ist eine Anregung, die ich an die Repräsentanten, die hier anwesend sind, und auch an die, die heute nicht hier sind, richte.

Ich hoffe, dass wir, anknüpfend an die heutige Gedenkveranstaltung, am 7. Mai weiter gedenken – und nächstes Jahr nicht warten, bis der Gedenktag wieder kommt, sondern dieses „Niemals Vergessen!“ sozusagen zu einem Perpetuum mobile machen. Es gilt nämlich nicht nur heute, sondern es gilt jeden Tag und für immer. *(Beifall.)*

\*\*\*\*\*

Präsident Dr. Andreas Khol: Ich danke den Rednerinnen und Rednern für ihre Ausführungen. Diese bezeugen einen breiten demokratischen Konsens für unsere Arbeit auch in der Zukunft und den demokratischen Grundwertesockel, auf dem unsere Republik steht.

Die Gedenksitzung ist geschlossen.

PARLAMENT TRANSPARENT

Jg. 1, Nr. 3/2006